

Volkswirtschaften im Vergleich: So steht es um die weibliche Besetzung in politischen Institutionen weltweit

- **Berlin School of Business and Innovation untersucht den Frauenanteil in den Abgeordnetenunterhäusern der zwanzig größten Volkswirtschaften**
- **Mexiko hat die meisten politischen Vertreterinnen im Unterhaus; in Japan ist der Anteil am geringsten**
- **Frauen bei Großteil der Gremien zu Geschlechtergleichheit in der Mehrheit; ein Drittel der Unterhäuser hat kein Komitee zu Menschenrechten**

Berlin, 18. März 2024 – Keine Sonderrechte, sondern Menschenrechte: Damit warb die deutsche Frauenrechtlerin Clara Zetkin vor über hundert Jahren für die Gleichberechtigung der Frauen. Seit jeher wächst ein weltweites Bewusstsein für Frauenrechte sowie die Gleichstellung der Geschlechter. Die private Wirtschaftsschule [Berlin School of Business and Innovation \(BSBI\)](#) hat untersucht, wie es um die Geschlechterparität in den Abgeordnetenunterhäusern und Parlamenten sowie in den Gremien und Ausschüssen zu Menschenrechten und Geschlechtergleichheit in den zwanzig Staaten mit dem größten Bruttoinlandsprodukt steht. Als Datenquelle diente die [Website IPU Parline](#), ein Referenzpunkt für maßgebliche Daten zu den Parlamenten der Welt.

Mexiko ist Paritätsspitzenreiter

Der zentralamerikanische Staat Mexiko belegt mit einem prozentualen weiblichen Sitzanteil von knapp über 50 Prozent in seinem Unterhaus Platz eins im Ranking. Auf Platz zwei kann sich Spanien behaupten (rund 44 Prozent), dicht gefolgt vom niederländischen Unterhaus mit 39 Prozent. Den geringsten Frauenanteil in den Unterhäusern weist die Inselnation Japan auf (rund 10 Prozent). Deutschland befindet sich im internationalen Ranking im guten Mittelfeld: im Deutschen Bundestag (Unterhaus) liegt der Anteil an politischen Vertreterinnen bei rund 35 Prozent.

Frauenanteil variiert bei Geschlechtergleichheit stark

Beim Großteil aller Staaten, die im Parlament ein Gremium besitzen, das zur Geschlechtergleichheit arbeitet, sind Frauen dort in der Mehrheit, im Durchschnitt liegt der Frauenanteil bei knapp 61 Prozent. Die Anzahl von solchen Gremien variiert stark. Im spanischen Unterhaus sitzen beispielsweise fast 50 Prozent der Abgeordneten in einem der drei existierenden Gremien zu Geschlechtergleichheit. Dazu zählen laut IPU die Kommission für die Kontrolle und Bewertung der Gesetze gegen geschlechtsspezifische Gewalt, die Fachkommission für Arbeit, Eingliederung, soziale Sicherheit und Migration und die Gleichstellungskommission. In Deutschland sind es nur rund 5 Prozent der Abgeordneten, die im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zusammenkommen. Während Mexiko ein reines Frauengremium aufweist, sind in China nur acht Prozent der Personen im Ausschuss für soziale Entwicklung weiblich. Deutschland liegt mit einem Frauenanteil von 61 Prozent genau im Durchschnitt. In den Unterhäusern von drei Volkswirtschaften gibt es keine gesonderte parlamentarische Einrichtung zur Geschlechtergleichheit: Italien, Niederlande und Australien.

Kein Gremium für Menschenrechte in sieben Unterhäusern

Wenn es um parlamentarische Gremien für Menschenrechte geht, hat Spanien die Nase vorn. Hier sitzen in vier verschiedenen Gremien mehr als die Hälfte (rund 57 Prozent) aller Abgeordneten des Unterhauses. Damit liegt der Staat weit vor der zweitplatzierten Schweiz mit 25 Prozent. Deutschland schneidet auch hier eher schlecht ab: Nur rund drei Prozent der Abgeordneten arbeiten im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe mit. Den höchsten Frauenanteil in den Gremien für Menschenrechte besitzt auch hier Mexiko mit rund 85 Prozent und liegt damit weit vor den zweitplatzierten Vereinigten Königreich und Spanien (beide rund 58 Prozent). Das südostasiatische Indonesien ist mit einem Frauenanteil von rund neun Prozent im Unterhaus auf dem letzten Platz im internationalen Ranking. Die beiden Volkswirtschaften Japan (rund 14 Prozent) und die Türkei (rund 19 Prozent) belegen die vor- und drittletzten Plätze. Die Liste der Länder ohne eigenes Gremium im Unterhaus ist lang: weder China, Frankreich, Indien, Italien, Südkorea noch die Niederlande oder Russland sehen die Notwendigkeit für ein eigenständiges parlamentarisches Gremium zu Menschenrechten.

Dr. Niloufar Aminpour, Head of English Department und Koordinatorin für akademische Initiativen an der BSBI kommentiert die Analyse: „Das internationale Ranking zeigt, dass die Diskrepanz bei der weiblichen Vertretung in politischen Institutionen auf der ganzen Welt Fortschritte verzeichnet. Eine wirkliche Geschlechtergleichstellung aber noch nicht existent ist. Diese Erkenntnis sollte für alle Länder ein wichtiger Anstoß zum Handeln sein. Sie sollten ihre Anstrengungen verdoppeln, um die tief verwurzelten Hindernisse zu beseitigen, die es Frauen heute noch erschweren, in vollem Umfang politischen Führungspositionen einzunehmen.“

An der BSBI setzen wir uns stets für Geschlechtergleichstellung im Rahmen unserer Aktivitäten und Lehrtätigkeiten für unsere Studierenden ein. Beispielsweise haben wir erst vor kurzem anlässlich des internationalen Frauentages in Zusammenarbeit mit der Gründerin der Plattform “The Female Founder Space” einen Vortrag rundum die Förderung von Unternehmerinnen in der Geschäftswelt veranstaltet.“

Hier finden Sie die Daten grafisch aufbereitet:

Grafik 1: Gesamtfrauenanteil der untersuchten Gremien

Grafik 2: Frauenanteil der Gremien im Bereich Geschlechtergleichheit

Grafik 3: Frauenanteil der Gremien im Bereich Menschenrechte

Weitere Informationen finden Sie auf der [Webseite](#) der Wirtschaftsschule.

Über die Untersuchung

Die Berlin School of Business and Innovation (BSBI) untersuchte den Frauenanteil in Unterhäusern und Einkammersystemen sowie Gremien (der Unterhäuser und Einkammersysteme) zu Geschlechtergleichheit und Menschenrechten in den zwanzig größten Volkswirtschaften weltweit. Datengrundlage der Analyse sind Informationen der Website [JPU Parline](#). Hierbei wurden die Gremien in den Unterhäusern der Staaten betrachtet. Einkammersysteme wurden mit den Unterhäusern verglichen. Über die Geschlechterverteilung der Gremien zu Geschlechtergleichheit in Indien und zwei der drei Gremien in Brasilien gibt es keine Informationen. Ebenso lassen sich keine Daten über die Geschlechterverteilung der Abgeordneten im Gremium zu Menschenrechten in Saudi-Arabien finden. Ein Zusammenhang zwischen der Höhe des BIP der jeweiligen Staaten und dem Anteil von Frauen in den Parlamenten und den Gremien konnte nicht nachgewiesen werden.

Über die Berlin School of Business and Innovation

Die [Berlin School of Business and Innovation \(BSBI\)](#) ist eine private Wirtschaftsschule mit Hauptsitz in Berlin und Standorten in Paris, Athen, Hamburg und Barcelona. Seit der Eröffnung im Frühjahr 2018 bietet sie ihren Studierenden englischsprachige Bachelor- und

Masterstudiengänge in den Bereichen Betriebswirtschaft, Marketing, Finanzen, Tourismus und Hospitality Event Management an. Das mit dem „Education 2.0 – Outstanding Organisation Award“ ausgezeichnete Angebot kombiniert Blended Learning mit traditionellem Unterricht und wird von mehr als 5.290 Studierenden und circa 2.373 Alumni aus 112 Ländern in Anspruch genommen. Um die internationale Ausrichtung der Schule zu gewährleisten, kooperiert die BSBI mit diversen akademischen Partnern und ist als Erasmus+ Organisation registriert. Zudem ist die BSBI Teil der [GUS Germany GmbH \(GGG\)](#), einem dynamischen Netzwerk von Hochschuleinrichtungen mit mehr als 15.000 Studierenden an Standorten in Deutschland, Europa und darüber hinaus. Aktuelle Informationen zur BSBI finden Sie auch auf [Instagram](#), [Facebook](#), [Twitter](#), [YouTube](#), [LinkedIn](#) und [TikTok](#).

Pressekontakt:

Desiree Engel | desiree.engel@tonka-pr.com | +491726206392